



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der Kampf um Nordchina

Menz, Gerhard

Bern [u.a.], 1936

Der Kampf um die chinesische Nordfront seit dem Weltkrieg

[urn:nbn:de:hbz:466:1-82914](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-82914)

Der Kampf um die chinesische Nordfront seit dem Weltkrieg

Das wichtigste Ereignis in der Entwicklung, die der Kampf um die chinesische Nordfront nach dem Weltkrieg genommen hat, war zunächst die Wiederkehr Rußlands. Sie vollzog sich in zwei Abschnitten. Einem ersten raschen Anstieg folgte 1927 vorerst noch einmal ein fast völliger Zusammenbruch. Nur langsam und teilweise in wesentlich anderer Art begann danach ein neuer Ansatz, über dessen Erfolgsmöglichkeit erst die noch schwebenden Auseinandersetzungen zu entscheiden haben werden.

Die Wiederkehr Rußlands

Es ist nicht leicht festzustellen, welche Kräfte und Absichten tatsächlich das Rußland der Sowjets wieder in den Kampf um Nordchina zurückgeführt haben. Daß es sich nicht um nur eine einzelne Ursache handeln kann, steht von vornherein fest. Die Dinge haben sich im Laufe der Entwicklung wiederholt verschoben. Erst allmählich ist die Lage entstanden, die noch gegenwärtig den Fortgang bestimmt. Es sind auch nicht nur russische Elemente gewesen, die sie beinflusst haben; vielmehr haben namentlich zu Beginn fremde Eingriffe, Hoffnungen und Pläne wesentlich mitgewirkt und den entscheidenden Anstoß gegeben. Im Vordergrund hat aber immer die Sibirische Eisenbahn gestanden samt ihrer unter dem Namen Ostchinesische Bahn bekannten Teilstrecke in der Nordmandschurei. Im Augenblick des Zusammenbruchs des zaristischen Rußlands hatte sie vor allem für dessen Bundesgenossen allergrößtes Interesse als einzige freie Zugangslinie. Insbesondere die amerikanische Hilfe wollte auf diesem Wege einsetzen. Das entfiel, sobald feststand, daß das bolschewistisch gewordene Rußland für den Kampf gegen Deutschland nicht mehr in Frage kam. Nunmehr war die Bahn jedoch nur um so wichtiger als Rückgrat des gegenrevolutionären Vorstoßes unter Koltshak. Der hatte aber hauptsächlich die Wirkung, daß er die Sowjets in der Abwehr hinter sich her nach Sibirien und

dem Fernen Osten zurückführte. Wer weiß, wie sich die Dinge entwickelt hätten, wenn damals die namentlich von gewissen Amerikanern vertretenen Pläne Wirklichkeit geworden wären, Sibirien zu verselbständigen, ohne es indessen zur Basis einer Bedrohung der Bolschewisten zu machen. Schon die Kerenski-Revolution hatte sofort die Wirkung gehabt, daß ehemals aus Rußland ausgewanderte Juden vor allem, die in USA. eine neue Heimat gesucht und gefunden hatten, aber auch andere russische Flüchtlinge in Mengen über Sibirien nach dem befreiten Vaterlande zurückströmten. Sie beteiligten sich insbesondere auch an der Revolutionierung Sibiriens. In ihrer Vorstellung war dieses unermessliche, unentwickelte Gebiet, das mancher aus einer Zeit der Verbannung gut genug kennen mochte, ein neues Land unbegrenzter Möglichkeiten, das nur darauf wartete, nach amerikanischen Methoden entwickelt zu werden. Das Interesse des amerikanischen Großkapitals schien unschwer dafür zu gewinnen zu sein. Die amerikanische Politik jedoch war an die Bundesgenossen gebunden. England hielt es mit den weißen Russen und dachte nur an die auf Koltschak gesetzten Hoffnungen. Japan aber wünschte eher sich selbst in den Genuß der in Sibirien zu hebenden Schätze zu setzen. So konnte Washington nicht durchdringen, sofern es überhaupt eigene Pläne gefaßt hatte. Trotzdem gelang am 6. April 1920 dem Amerikaner Tobelson, genannt Alexander Michailowitsch Krasnostschikow, die Gründung der Fernöstlichen Republik mit der Hauptstadt Tschita, die alles Gebiet östlich des Baikalsees umfassen sollte. Sie war zunächst nicht bolschewistisch, da die zu über 70% aus Bauern bestehende Bevölkerung dafür noch nicht zu haben war. Ihr wurde aber durch eine Anleihe Moskaus auf die Beine geholfen, das sich so in ihr einen Pufferstaat schuf, um die Reibungen mit der Außenwelt zu mindern. Erst als sich 1924 die Verhältnisse gefestigt hatten, erfolgte die volle Eingliederung in die Union der Sowjetrepubliken. Bis Ende 1920 war alles zunächst von der interalliierten Interventionsarmee besetzt gewesene Gebiet wieder frei. Nur in Wladiwostok und auf Nordsachalin standen noch die Japaner. Die Ostchinesische Eisenbahn blieb

vorläufig ebenfalls noch unter chinesischer Verwaltung mit internationaler Unterstützung. Ebenso hatte Urga, die Hauptstadt der Außenmongolei, eine chinesische Besatzung. Die russische Front war demnach, wenn man ihr die Fernöstliche Republik zuzählt, im Grunde auf den Stand etwa von 1896 zurückgedrückt. In der Südmandschurei aber standen ebenfalls wie bisher die Japaner. Für China war also die Nordfront von 1896 nicht wieder hergestellt. Nur in der Nordmandschurei besaß es wieder eine Vorpostenstellung. Japan verhandelte seit Mitte 1921 selbständig mit der Fernöstlichen Republik über die Räumung von Wladiwostok und Nordsachalin sowie andere Fragen. Dadurch verhinderte es, daß Rußland auf der Washingtoner Konferenz im Herbst 1921 als Verhandlungspartner in Frage kommen konnte. Zu den Zugeständnissen, zu denen sich Japan in Washington bequemen mußte, gehörte jedoch auch die bedingungslose Räumung von Wladiwostok und Nordsachalin. Sie war Ende Oktober 1922 vollzogen. Damit war Rußlands Stellung am Pazifik wiederhergestellt. Das hatte es nicht zuletzt Washington zu danken. Die nächste Folge war aber auch, daß es seine Rechte in der Nordmandschurei wie in der Mongolei zurückzuerlangen trachtete. Soweit die Mongolei in Frage kam, gelang das bereits 1921. Hier hatte der Parteigänger Koltschaks, der „tolle Baron“ von Ungern-Sternberg, zunächst auf eigene Faust die Chinesen aus Urga vertrieben. Er selbst erlag dann sehr rasch den nach dem Zusammenbruch Koltschaks vorstoßenden Sowjets. Seitdem war die Außenmongolei wieder unter Moskauer Einfluß. Die Rückgewinnung der alten Stellung in der Nordmandschurei war nicht so leicht. Dazu aber schlug Sowjetrußland einen Weg ein, der recht besehen durchaus an das Vorbild anknüpfte, das die zaristische Diplomatie mit ihrem Bündnis mit Lihungtschang von 1896 hinterlassen hatte.

*Sunyatsens Bündnis mit
dem Bolschewismus*

Schon 1919, als China seine große Enttäuschung in Versailles erlebte, hatte Sowjetrußland durch Tschitscherin eine

erste Annäherung an Sunyatsen, den Vater der chinesischen Revolution, versucht. Sun war damals aber noch selbst ohne alle Macht. 1920 machten die Sowjets ein Angebot an Peking. Dort dominierte damals indessen noch der amerikanische Einfluß, und man war sich noch nicht klar, wie man sich zu dem neuen Rußland stellen sollte. Immerhin gelang es der Vermittlung des in Kanada naturalisierten Morris Cohen, Karakhan, dem Vertreter Moskaus, den Weg zu China zu ebnen, und 1922 konnte Joffe als erster Botschafter Sowjetrußlands in Peking einziehen. Anfang 1923 traf er Sunyatsen in Schanghai. Die Neunmächtekonferenz in Washington hatte eben den Grundsatz verkündet, es müsse China selbst überlassen werden, sein Haus in Ordnung zu bringen. Sun erkannte die Aufgabe und brannte darauf, ihre Lösung zu übernehmen. Er fand jedoch in Washington, auf das es dafür in erster Linie angekommen wäre, kein Vertrauen. So schloß Sun mit Joffe ab. Von da an begann der Aufbau der Kwomintang-Organisation, der Parteimaschine Suns, politisch und militärisch unter Führung Borodins, des aus Moskau entsandten Bevollmächtigten, und seiner zahlreichen Mitarbeiter in Kanton. Auch in Peking wußte Moskau seinen Vorteil wahrzunehmen. Im September 1923 mußte Liyuanhang, der im Sommer 1922 als Nachfolger Hsüschitschangs wieder Präsident der chinesischen Republik geworden war und als Vertrauensmann der USA. gelten konnte, seinen Platz räumen. An seine Stelle trat Tsaukun, ein Militärbürokrat alten Schlages. Nun kam im Mai 1924 ein russisch-chinesischer Vertrag zustande, der Sowjetrußlands Einfluß in der Nordmandschurei wie in der Außenmongolei in dem Sinne wiederherstellte, wie er einst vom zaristischen Rußland ausgeübt worden war. Die ganze Mandschurei hatte allerdings inzwischen 1922 schon Tschangtsolin, der als Vizekönig in Mukden residierte, unabhängig erklärt. Infolgedessen mußte Moskau erst auch noch mit ihm zu einer Verständigung gelangen, um seine alten Rechte, insbesondere an der Ostchinesischen Bahn, wieder ausüben zu können. Das kam noch Ende 1924 zustande. Sofort machte sich die Wirkung auf Japan bemerkbar. Es mußte verhindern, daß etwa China und Sowjetrußland im Bunde gegen seine

Stellung in der Südmandschurei vorgingen. So kam es Anfang 1925 auch zu einem russisch-japanischen Abkommen. Es stellte zunächst die Rechtsgrundlage des Friedens von Portsmouth von 1905 wieder her. Wieweit auch die späteren Verträge, die Japan mit dem zaristischen Rußland abgeschlossen hatte, Geltung haben sollten, blieb weiteren Verhandlungen vorbehalten festzustellen. In Nordsachalin erhielt Japan gewisse Gerechtsame. Damit hatte Moskau die Stellung an der chinesischen Nordfront insgesamt wiedergewonnen, die bis in den Weltkrieg bestanden hatte. Sein Streben ging jedoch noch weiter. Im Sommer 1926 begann die von den Russen unter Borodins Führung geschulte Kwomintang ihren Siegeszug von Kanton nordwärts, der sie in überraschend kurzer Zeit zur Herrin des ganzen Yangtsetales machte. Der Weg auch nach Peking schien offen. Die roten Abgesandten Moskaus, überwiegend Juden, triumphierten. In China glaubten sie den ersten Sieg der Weltrevolution bereits gewonnen und dem westlerischen Kapitalismus einen vernichtenden Schlag beigebracht zu haben. Blutige Zwischenfälle in Kanton und Schanghai waren schon 1925 eine erste Machtprobe gewesen. Was Japan mit seinen 21 Forderungen von 1915 vergebens versucht hatte — China zu gewinnen, um einen asiatischen Block gegen Europa und USA. aufzurichten —, das schien jetzt Rußland als reife Frucht mühelos in den Schoß fallen zu wollen. Die Lage von 1896 stellte sich wieder her, aber mit dem Unterschied, daß an der Stelle des schon brüchigen und lahmen Zarentums und der unfähigen Mandschus jetzt als Bundesgenossen von gleichem Elan der russische Kommunismus und der Nationalismus der revolutionären Kwomintang in einen zu allem entschlossenen Kampf gegen die übrige Welt ziehen zu wollen schienen. Was damals langsam und träge aufwallte, explodierte jetzt mit einer gewaltigen, nicht zu übersehenden Stichflamme. Damals hatten sich nicht ohne Zögern und vorsichtig vortastend schließlich die USA., England und Japan zusammengefunden, um den unheimlichen Gegner niederzuringen. Wie stand es jetzt um die Gegenspieler?

Die Schwäche Amerikas und Japans

Die Führung hatten zunächst die USA. übernommen. Als 1919 die Vertreter Chinas in Versailles ablehnten, das Diktat zugunsten Japans zu unterschreiben, hatte Tokio in Peking versucht, die von seinen Freunden aus dem Anfu-Klub gestellte damalige chinesische Regierung zu veranlassen, jene Unterschrift doch zu leisten. Der amerikanische Gesandte in Peking sorgte aber dafür, daß seine Journalisten diesen Eingriff bekannt machten, wie er auch die Protestbewegung der unter amerikanischem Einfluß stehenden chinesischen Studenten schürte. Davor mußte Japan zurückweichen. Noch war damals Japan Gegenstand der Besorgnis. Rußland erschien den amerikanischen Politikern, die am Aufbau einer Front gegen Japan arbeiteten, um ihm die Beute des Weltkrieges abzugewinnen, in jener Zeit eher als möglicher Bundesgenosse. Als Ende 1922 dann die Konferenz von Washington Japan zum Rückzug auf seine Linie von 1910 gezwungen hatte, legte sich die amerikanische Politik auf den Grundsatz „gemeinsamen Handelns“ in Ostasien fest und suchte ihn auch bei den anderen Mächten zur Anerkennung zu bringen. Es war eine andere, die amerikanische Auffassung des noch heute so aktuellen Gedankens der Kollektivität. Vom Genfer Völkerbund hatte man sich in den USA. ja entrüstet abgekehrt. Mit der Washingtoner Konferenz suchte man jedoch den ihm zugrunde liegenden Gedanken in verbesserter Form für Ostasien trotzdem zu verwirklichen und nutzbar zu machen. Freilich fand man dabei in der Chinafrage, nur gewissermaßen von der anderen Seite um den Erdball kommend, doch nur dasselbe europäische Staaten- und Interessensystem wieder, und es erwies sich im 9-Mächte-Abkommen als genau so unfruchtbar und handlungsunfähig wie im Genfer Gebilde. Hinzu kam, daß die amerikanische Politik in sich durch die inneren Schwierigkeiten und Gegensätze gehemmt wurde. Die in Ostasien engagierten Teile der amerikanischen Wirtschaft vor allem waren sich nicht einig. Chinainteressenten standen gegen Japaninteressenten. Auch unter ihnen wiederum verschoben sich die Belange. Hatte einst beispielsweise die Textilindustrie

in erster Linie auf Erhaltung ihrer ostasiatischen Märkte gedrungen, so trat jetzt mehr die Stahl- und Maschinenindustrie in den Vordergrund. Für Automobilindustrie und Erdölinteressen sah das Bild wiederum etwas anders aus. Den immer wieder wechselnden und sich vielfach widersprechenden Wünschen dieser Interessenten gegenüber fand der jeweilige Staatssekretär in Washington nur schwer einen klaren, eine feste Linie durchhaltenden Standpunkt, zumal von den nicht zu unterschätzenden Missionskreisen noch ganz andere Forderungen vertreten wurden. Eine Zeitlang machte sich ferner sehr störend bemerkbar, daß die in Ostasien tätigen jüdisch-amerikanischen Journalisten die öffentliche Meinung ganz offensichtlich einseitig zugunsten der sowjetrussischen Chinapolitik beeinflussten, was vorübergehend zu einer scharfen Spannung mit ihrer diplomatischen Vertretung in Peking führte. Nur mit Mühe konnte unter diesen Umständen Washington die Forderung „gemeinsamen Handelns“ aufrechterhalten. Sie hatte nur einen negativen Inhalt: China sollte nicht gehindert werden, selber sein Haus in Ordnung zu bringen. Gegenüber der Gegenforderung, die China erhob, es zu diesem Zweck von den alten ungleichen Verträgen zu befreien und ihm durch Aufhebung der Exterritorialität aller Ausländer volle Souveränität sowie die uneingeschränkte Zollautonomie zurückzugeben, war wirkliche Einigkeit aber schon nicht mehr zu erzielen. Die einen wollten diese Zugeständnisse erst nachträglich als Anerkennung für erfolgreiche chinesische Reformen gewähren. Amerika selbst neigte dagegen dazu, der chinesischen Forderung zuzustimmen, daß jene Zugeständnisse im voraus als unerläßliche Voraussetzung für die Möglichkeit wirklicher Reformen gewährt werden müßten. Über dem Streit darüber gingen Jahre verloren, die Sowjetrußland benutzte, um in aller Stille zu handeln. China kam inzwischen um so weniger wirklich vorwärts, als sich die von Amerika geführten Mächte nicht auf den Mann einigen konnten, der Chinas Retter werden sollte. Amerika hatte, wie wir sahen, Sunyatsen verworfen und zunächst auf Wupeifu gesetzt, dem ein guter Ruf voranging und der sich in Mittelchina ein Machtzentrum geschaffen hatte. England und Japan neigten mehr

zu Tschangtsolin, dem Herrn der Mandschurei. In jener Zeit der Unentschlossenheit hatten einige amerikanische Politiker sogar für möglich und zweckmäßig gehalten, Japan ein internationales Mandat zu erteilen, China in Ordnung zu bringen. Als dann aber 1926 offenbar wurde, daß China drauf und dran war, Arm in Arm mit Moskau die übrige Welt in die Schranken zu fordern, erwies sich die amerikanische Politik als völlig unfähig, diese Lage zu meistern. Die beanspruchte Führung ging ihr im Handumdrehen verloren. Hatte man eben noch davon geträumt, den an Deutschland angeblich so mustergültig bewährten Dawes-Plan für eine Sanierung Chinas im gleichen Sinne zum Vorbild nehmen zu können, und zwar unter Einschluß der Mandschurei und Mongolei, also unter Unsichtbarmachung der trennenden Nordfront, so mußte Whashington das Gesetz des Handelns plötzlich von anderen bestimmt sehen.

Japan spielte in diesen Jahren ebenfalls keine führende Rolle. Die Vereinsamung, die es nach dem Pyrrhussieg in Versailles überfiel, machten es unsicher. Seine Wirtschaft, ohnehin durch das ungesunde Kriegsgewinnlertum in Schwierigkeiten eines Gründertaumels gebracht, litt unter dem Boykott, mit dem das erwachende junge China die Vergewaltigung in Versailles beantwortete. Daß England das Bündnis nicht erneuerte, raubte Japan, zumal nach den Erfahrungen von 1911, jede Möglichkeit, auf einen Waffengefährten gestützt an Widerstand zu denken. Rußland war 1922 noch nicht wieder in Front. Die von Washington gewünschte Preisgabe der Festlandseroberungen in Schantung und Sibirien erschien unter diesen Umständen um so mehr als kleineres Übel, als man in Tokio hoffen konnte, mit diesem Beweis guten Willens sowohl China wie Rußland zu versöhnen. Daß aber England und USA. auf Befestigungen im pazifischen Raum verzichteten, machte auch die in Washington beschlossene Flottenbeschränkung für Japan annehmbar. Es war so gegen stärkeren Druck der Seemächte zunächst gesichert. 1923 jedoch kam das große Erdbeben. Es dauerte Jahre, bis Japan diesen Nackenschlag überwunden hatte. 1926 starb der japanische Kaiser. Erst 1928 ging die Trauerzeit zu Ende. Alles das er-

klärt, daß Japan in diesen Jahren zu größerer Zurückhaltung gezwungen war. Auch bei ihm löste erst der Aufstieg der Kwomintang wieder lebhaftere Gegentätigkeit aus. Sie richtete sich ausschließlich gegen China. Mit Rußland dagegen hatte sich Japan, wie wir gesehen haben, 1925 zunächst auf Wiederherstellung ihres früheren Verhältnisses zu einigen versucht. Man war sich dabei in Tokio lange nicht im klaren, ob man in Rußland den Erbfeind oder einen möglichen Bundesgenossen zu sehen hätte. Dieser Zwiespalt schwindet nie ganz aus den beiderseitigen Beziehungen. Auch im Verhältnis zu den USA. kam Japan nicht recht aus dem Schwan-ken heraus. Es gab immer eine starke japanische Gruppe, die unbedingt auf Verständigung mit USA. hinstrebte. Das legten namentlich wirtschaftliche Überlegungen nahe. Beide Länder stehen in sehr starkem wirtschaftlichen Austausch, so daß vor allem Japan die Vereinigten Staaten als Käufer wie als Lieferanten kaum entbehren kann. Auf dieser Grundlage streben die japanischen Verständigungsfreunde insbesondere für die Betätigung in China ein enges Gemeinschaftsgeschäft an. Die amerikanische Einwanderungspolitik aber und die amerikanische Auslegung der Politik der offenen Tür in China störten die Zusammenarbeitsmöglichkeiten. Auf jeden Fall blieb in jenen Jahren alles in der Schwebe.

England schlägt den Bolschewismus

Den eigentlichen Gegenstoß gegen die Einbeziehung Chinas in die Front der Weltrevolution und damit gegen den russischen Bolschewismus führte 1927 England. Auch die englische Politik war in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg in Ostasien wenig aktiv. Erst durch den Locarno-Pakt Ende 1925 wurde sie in Europa entlastet. Gelegentlich der Washingtoner Konferenz 1921/22 segelte sie unter dem Druck der Pazifik-Kolonien völlig im amerikanischen Fahrwasser. Auch weiterhin hielt sie sich im Einvernehmen mit USA. an den Grundsatz „gemeinsamen Handelns“, was praktisch auf Enthaltung jeder wirklichen Tätigkeit hinauslief. Selbst die Bestreikung Hongkongs, dessen Handel schwer litt, und die blutigen Zwischenfälle in Kanton und Schanghai brachten die Dinge

nicht in Bewegung. Als aber die von den Russen geführte Kwomintang in Hankau im Herzen des von den Engländern von je als ihre Interessensphäre in Anspruch genommenen Yangtsetales stand, erwachte der englische Selbstbehauptungswille. Wie sich der Umschwung vollzogen hat, ist in allen Einzelheiten noch nicht bekannt. Nicht alles dabei kann sich England als sein eigenes Verdienst anrechnen. Es hatte wie so oft in seiner Geschichte, auch diesmal reichlich viel, zum Teil unverdientes Glück, und es riß im entscheidenden Augenblick vor allem dann auch die anderen mit, so daß der Einsatz wirklich zum vollen Erfolg führte, sogar überraschend schnell und unerwartet weitreichend. Erste Anknüpfungen dürften bereits in Kanton zustande gekommen sein, noch ehe die Kwomintang nach Norden aufbrach. Als sie Hankau erreicht hatte, wurden die Verhandlungen in aller Form aufgenommen. England gab dabei einen Beweis guten Willens, indem es sich zur Rückgabe seiner Konzessionen in Hankau und Kiukiang bereit erklärte. Die wahre Entscheidung fiel indessen in anderem Zusammenhang. Im März 1927 kam es in Nanking zu einem Zwischenfall. Teile der Kwomintangtruppen griffen die Fremdenniederlassung dort an. Vielleicht war es Absicht der radikalen Kommunisten, die sie führten, internationale Verwicklungen heraufzubeschwören, um einen zweiten Boxerkrieg zu entfesseln. Moskau mochte hoffen, dabei im Trüben fischen zu können. Tschiangkaischek aber, der Führer des gemäßigten, rein nationalistischen, nicht kommunistischen Flügels der Kwomintang, erkannte die Gefahr. Er hatte in die Sung-Sippe, eine der reichsten chinesischen Großkaufmannsfamilien Schanghais, hineingeheiratet, mit der sich auch Sunyatsen durch seine zweite Ehe verbunden hatte. Diese Kreise wußten, was bei internationalen Verwicklungen für sie auf dem Spiele stand. Hinzu kam, daß sich auch namentlich in Hunan, der Provinz, durch die hindurch die Kwomintang nach Hankau vorgestoßen war, gezeigt hatte, wie die Bolschewisierung des bäuerlichen Proletariats, mit der die Russen ihren Einfluß auszubauen strebten, den chinesischen Großgrundbesitz und die wohlhabenden Familien des Landes bedrohten. Mit jedem weiteren Erfolg der Revolutionsarmee nahm allenthalben die

Radikalisierung der Massen zu. Darüber kam es im April 1927 zum Bruch in der Kwomintang. Tschiangkaischek sagte sich von den Kommunisten los und ließ sie aus der Partei ausschließen. Ihre Schwäche wurde rasch offenbar. Im Juli verließ Borodin, der Bevollmächtigte Moskaus, in der Erkenntnis, daß die Lage hoffnungslos geworden sei, Wuhan, die durch Zusammenschluß von Wutschang und Hankau gebildete, zur Residenz des neuen kommunistischen China aufgerufene Doppelstadt am Yangtse. Schon vorher hatte Tschangtsolin, der Herr der Mandschurei, zu dessen Machtbereich damals auch Tschili und Schantung gehörten, im Auftrage Englands in der russischen Botschaft in Peking Haus-suchung halten lassen und ausreichende Beweismittel sichergestellt, die vor der Welt die bolschewistischen Absichten auf China enthüllten. In der Mandschurei ließ Tschangtsolin eine ganze Reihe von Verhaftungen vornehmen. Zeitweise war auch Frau Borodin gefangen. Es verstand sich von selbst, daß Moskau zu den Waffen greifen mußte, wenn es diesen Angriff auf sein Prestige nicht hinnehmen und das durch das Bündnis mit der Kwomintang gewonnen Gewesene nicht preisgeben wollte. Die Gruppe um Trotzky, der jüdische radikale Flügel der Bolschewiken, war dazu bereit. Stalin aber und sein Anhang mahnten zur Ruhe. Sie wußten, daß Rußland für ein solches Abenteuer noch keineswegs ausreichend gerüstet war. Es kam darüber in Moskau in der Partei zu einer Spaltung. Trotzky und seine Gefolgschaft gingen damals bekanntlich allen Einflusses verlustig. Das chinesische Experiment wurde entschlossen liquidiert. Am 18. September 1927 erklärte die Prawda kaltblütig: die Kwomintang ist tot. Im November 1927 fand in Moskau unter der Leitung des Japaners Katayama ein Kongreß der Freunde Sowjetrußlands statt, auf dem die Witwe Sunyatsens über die Ereignisse in China berichtete. Die Stimmung der in der Hauptsache von Vertretern aus dem Orient besuchten Versammlung war hoffnungslos resigniert. Insbesondere fiel die Zurückhaltung der indischen Swaradschisten-Abordnung unter dem Eindruck dieser Lage auf. Mit dem in China mittelbar gegen den Bolsche-

wismus geführten Schlag hatte sich England auch in Indien von einer überaus ernsten Gefahr befreit.

Der Ausgang Tschangtsolins

Für den Kampf um die chinesische Nordfront bedeutete aber der Zusammenbruch der bolschewistischen Weltrevolutionspläne mehr als nur die Zurückdrängung Rußlands. Unter Führung des jungen Marschalls Tschiangkaischek stand ja nun auch ein neues China da, das China der siegreichen Kwomintang, das sich in Nanking seine neue Hauptstadt gab. Der Schwerpunkt der chinesischen Politik verlagerte sich so nach dem unteren Yangtsetal, dem wirtschaftlich maßgeblichsten Landesteil, in dem die Industrialisierung am weitesten fortgeschritten war, der Handelsverkehr den größten Umfang hatte und sich demgemäß der größte Reichtum vereinigte. Nordwärts gesehen war für dieses neue China die wichtigste Frage, wie weit es seinen Einfluß dorthin zu erstrecken imstande sein werde. Hier kam zunächst alles auf die Auseinandersetzung mit Tschangtsolin an. Das Stammland seiner Macht war die Mandschurei. Aber er hatte notgedrungen, um seine Stellung dort zu sichern, auf die Nachbargebiete übergreifen müssen. Tschili und Schantung wie Dschehol und die innere Mongolei gehörten mit zu seiner Einflußsphäre. In der Mandschurei hatte er es sowohl mit den Japanern wie mit den Russen zu tun. Aber auch zu England unterhielt er gute Beziehungen. Demgemäß hatte er sich ja auch an der Bekämpfung der Bolschewisten beteiligt. Er gehörte jedoch nicht zur Kwomintang, stand vielmehr als Militärmachthaber alten Schlages zu ihr im Gegensatz. Der Siegeszug der Kwomintang hätte deshalb zu seiner Niederwerfung nordwärts weitergeführt werden sollen. Hier aber griff Japan ein und verlegte der Armee Tschiangkaischeks in Schantung den Weg. Es wollte ein Wort bei der Neuordnung der Dinge im Norden mitzureden haben. Es wollte augenscheinlich insbesondere seine Rechte in der Mandschurei von der Kwomintang anerkannt haben, ehe die Mandschurei in die Organisation der Kwomintang einbezogen würde. Tokio wollte sich nicht durch vollendete Tatsachen überraschen lassen und das Nachsehen haben,

wenn es zu spät geworden wäre. Dadurch trat sofort das neue China der Kwomintang mit Japan in einen Gegensatz. Es kam zu Zwischenfällen, die die Spannung noch verschärften. Später hat es sehr langwieriger Verhandlungen bedurft, um die Lage zu bereinigen. Die japanische Politik hat dabei lange keine sehr starke Haltung eingenommen. Sie hielt anfänglich immer noch nach Bundesgenossen Ausschau. 1927 versuchte sie zunächst vor allem noch Fühlung mit den Russen zu behalten. Im November ging die Kuhara-Mission nach Moskau. Anfang 1928 folgte der von je russenfreundliche Baron Goto. Man mußte in der Tat wissen, was aus den Russen wurde. Fielen sie in der Nordmandschurei aus, so konnte schließlich auch die japanische Stellung in der Südmandschurei erschüttert werden. Sie beruhte ja seit 1925 wieder zum Teil auf Abmachungen mit den Russen und auf der Möglichkeit gemeinsamer Verteidigung ihrer Ansprüche wie seit 1910. Aber auch mit England suchte Japan Fühlung. Es tauchten in der nächsten Zeit immer wieder Gerüchte auf, daß eine Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses bevorstünde. Desgleichen verlautete, daß die Südmandschurische Eisenbahngesellschaft, die Trägerin der japanischen Rechte in der Südmandschurei, beabsichtige, eine amerikanische Anleihe aufzunehmen. Damit hätte sich praktisch Washington für Japan in der Südmandschurei eingesetzt. In China wurde man unruhig. Darauf erfolgten sowohl in England wie in USA. von verantwortlicher Stelle Erklärungen, daß nach wie vor die Mandschurei als zum chinesischen Hoheitsgebiet gehörig betrachtet würde. Wohl oder übel mußte sich auch die japanische Politik darauf einstellen. Tokio ließ die Welt wissen, daß es in der Mandschurei nur wirtschaftliche Ziele verfolge und auf Sicherung seiner strategischen Interessen Anspruch erhebe, daß es aber nicht beabsichtige, sich in die Verwaltung einzumischen, sondern die Unverletzlichkeit Chinas anerkenne. Die Lage wurde 1928 bedenklich belastet, als Tschangtsolin im Juni, als er sich vor der nun doch vorstoßenden Kwomintang aus Peking nach Mukden zurückzog, dort einem Bombenanschlag auf seinen Sonderzug zum Opfer fiel. Da indessen sein Sohn Tschanghsüliang ungehindert sein Erbe antreten konnte, wurde

die Krise schnell überwunden, und es blieb zunächst alles beim alten. Es war jedoch vorauszusehen, daß die notwendige Entscheidung damit nur hinausgeschoben war. England und USA. setzten ihre Politik fort, China sein Haus selbst in Ordnung bringen zu lassen, und dieses China war nunmehr das der Kwomintang unter Tschiangkaischeks Führung. Noch war nicht überall Ordnung geschaffen. Es blieben, wie ich später herausstellte, vor allem Reste der von den Russen ins Leben gerufenen kommunistischen Bewegung erhalten, die Tschiangkaischek noch viel zu schaffen machten, mehr als aufsässige Provinzgouverneure und Truppenführer, mit denen es ebenfalls noch genug Auseinandersetzungen gab. Unverkennbar machte das neue China unter Tschiangkaischek aber doch stetige, beachtliche Fortschritte. Die damalige japanische Regierung zog aus allem den Schluß, sich zu dem neuen China freundlich zu stellen und weiterhin den Versuch zu machen, im Wege der Vereinbarung und Verständigung die japanischen Interessen zu sichern. Man nahm es deshalb in Tokio schließlich auch hin, daß Tschanghsüliang Ende 1928 seinen Anschluß an die Kwomintang vollzog und deren Flagge über der Mandschurei aufzog. Wohl regte sich in manchen japanischen Kreisen Kritik und Unwillen; sie drangen aber vorerst nicht durch. Auch Japan war schwer von der Wirtschaftskrise betroffen. Das lähmte seine Bewegungsfreiheit und seine Entschlußkraft. Hinzu kamen Unruhen in Korea und Formosa, auch wachsende soziale Erschütterungen in Japan selbst. Für den Kampf um die chinesische Nordfront aber bedeutete diese Entwicklung, gekennzeichnet durch den Ausfall Rußlands, die Behinderung Japans und die von England und USA. geförderte Erstarkung der Nankinger Regierung, auf weite Sicht letztlich die Möglichkeit für China, die Außengebiete nördlich der Großen Mauer auch machtmäßig wiederzugewinnen, wie es sie bereits durch seine Bauern der Nordprovinzen besiedeln ließ.

Rußlands zweite Wiederkehr

Die nächste Wendung wurde erneut durch das Wiederauftauchen Sowjetrußlands bestimmt. Die Zurückhaltung, die

sich Moskau 1927 hatte auferlegen müssen, bedeutete keinen Verzicht auf den Fernen Osten. Die Auseinandersetzung wurde nur vertagt. Man wollte sich besser dafür rüsten. Dazu gehörte auch, daß am Westflügel der historischen Nordfront vorgebaut wurde. Ganz offensichtlich wurde sogar hierher der Schwerpunkt verlegt. Dazu gehörte auch der Bau der Bahn von Turkestan nach Sibirien, des „Turksib“, der im Mai 1930 eröffnet wurde. Planmäßig wurde in diesen Jahren auch die westlichste Provinz Chinas, Sinkiang, dem russischen Einfluß unterworfen, der sich bis nach Kansu und Schensi fühlbar machte. Die Außenmongolei hielt Rußland fest in der Hand. Mongolische Stämme leben auch in der Barga, dem Gebiet westlich des Tschingan-Gebirges, das zur Mandschurei geschlagen war, ohne daß aber feste Grenzen festgelegt worden wären. Das gestaltet noch heute die Verhältnisse dort sehr verwickelt. Hier kam es damals zu russisch-chinesischen Zusammenstößen wie gegenwärtig zu mongolisch-mandschurischen. Auch an der Ostchinesischen Eisenbahn setzte 1928/29 wieder bolschewistische Tätigkeit ein. In Nanking nahm man an den mongolischen Fragen größtes Interesse. 1929 fand eine erste Konferenz über mongolische Angelegenheiten statt; 1930 im Mai folgte ihr eine zweite. Im Mai 1929 wurde aber auch der russische Konsul in Harbin von den Chinesen verhaftet. Weitere Verhaftungen und Ausweisungen folgten im Juli im größten Umfang. Die Sowjets antworteten mit Gegenmaßnahmen. So entstand eine scharfe russisch-chinesische Spannung, die auch zu kriegerischen Zusammenstößen führte. Nur dem Umstand, daß eben der Kellog-Pakt, den auch China wie Rußland unterschrieben hatten, in Kraft getreten war, war es zu danken, daß das vermittelnde Eingreifen Englands und Amerikas den Frieden zu erhalten vermochte. Es kam zu Verhandlungen zwischen Rußland und China, die sich mit wiederholten Unterbrechungen bis 1931 hinzogen. Weder ihr Verlauf noch ihr Ergebnis ist ganz durchsichtig. Beachtlich ist, daß zu einer Zeit auch verlautete, Rußland wäre bereit, die Ostchinesische Eisenbahn, um die der Streit in erster Linie ging, an China zu verkaufen und sich so aus der Mandschurei zurückzuziehen. Daraus

wurde schließlich nichts. Es wurde im Gegenteil der status quo aufrechterhalten und die gemeinsame chinesisch-russische Verwaltung der Eisenbahn wiederhergestellt. Wo hätte China das Geld für den Rückkauf hernehmen sollen? Nun, es war in jener Zeit auch von einer großen internationalen Anleihe für China wieder einmal die Rede, die freilich mit sehr verworrenen und anfechtbaren Silbervalorisierungsplänen der bekannten amerikanischen Interessenten verknüpft war und deshalb nicht zustande kam, obwohl es darüber innerhalb der Kwomintang heftige Auseinandersetzungen gab. Schließlich muß auch noch erwähnt werden, daß es im Verlauf jener russisch-chinesischen Verhandlungen den Anschein gewann, als könnte es sogar zu einer so weitgehenden Verständigung kommen, daß wieder von enger Zusammenarbeit von Moskau und Nanking, wenn nicht von einem Bündnis hätte gesprochen werden dürfen. Das war zur selben Zeit, als umgekehrt in den Beziehungen zwischen Rußland und Japan vermehrte Spannungen auftauchten. Die Sowjets schlossen 1930 eine japanische Bank in Wladiwostok. In Tokio wurde ein russischer Regierungsvertreter ermordet. Wegen der Fischereirechte an der sibirischen Küste gab es wieder einmal Schwierigkeiten. So ist es verständlich, daß japanischen Beobachtern dieser Vorgänge insgesamt das Gefühl kommen konnte, es sei Gefahr im Verzuge. In der Tat kam nun von Japan her der Umschwung.

Die Gründung Mandschukows

Ausgelöst wurde dieser durch das Ergebnis der Flottenabrüstungskonferenz in London von 1930. Die Ratifizierung gelang in Tokio erst nach größten Schwierigkeiten. Bis zu welcher Siedehitze sich die Leidenschaften steigerten, bewies der Mordanschlag auf den Ministerpräsidenten Hamagutschi im November 1930. Gegen die damaligen Londoner Beschlüsse an sich war im Grunde nicht so viel einzuwenden. Sie sind ja schließlich auch ratifiziert worden. Es war aber vorauszu-
sehen, daß die nächste, für 1935 vorgesehene Konferenz für Japan ganz unzweifelhaft unannehmbare Ergebnisse zeitigen würde. Bis dahin mußten also die offenen Fragen bereinigt

sein. Deshalb die Forderung, es müsse mit der schwächlichen, immer nur auf friedliches Nachgeben hinauslaufenden und nur von Vertagungen lebenden Politik der bisherigen Regierungen schleunigst und unbedingt Schluß gemacht werden. Nicht das allein erschien mehr als Gefahr, daß sich der Einfluß Nankings auf die Mandschurei ausdehnte und daß deren selbständige Stellung verschwand, wie sie zur Zeit Tschangtsolins die Grundlage zur Sicherung der japanischen Interessen hatte abgeben sollen. Mindestens ebenso gefährlich war die Möglichkeit eines russischen Desinteresses an der Mandschurei mit der weiteren einer russisch-chinesischen Verständigung im Hintergrund. Wurde die Nordmandschurei unabhängig chinesisch, so konnte angesichts der weitreichenden eigenen Eisenbahnpläne der Chinesen dort der Südmandschurischen Eisenbahn die wirtschaftliche Grundlage ihrer Rentabilität zerstört oder wenigstens so gemindert werden, daß die japanischen Rechte wertlos wurden. Auch militärisch war dann die Südmandschurei zwischen Tschili—Dschehol—Nordmandschurei so in die Zange zu nehmen, daß die Verteidigung größte Anstrengungen erforderte. Darauf durfte man es nicht ankommen lassen. Daß Europa mehr als genug mit sich selbst beschäftigt war, bot eine Chance, die ebenfalls ausgenutzt werden mußte, solange sie bestand. Dasselbe galt hinsichtlich der Tatsache, daß Rußland offensichtlich mit seiner Rüstung noch nicht so weit war, um seinerseits etwa eingreifen zu können. Es kam schließlich auch nur darauf an, China an den Verhandlungstisch zu zwingen. Das Beispiel der Anwendung des Kellogg-Paktes in der russisch-chinesischen Spannung ließ erwarten, daß es zwischen Nanking und Tokio ebenso gehen würde und daß kostspielige kriegerische Eroberungsunternehmungen sich vermeiden lassen würden. Im Frühjahr 1931 war man sich in Tokio im klaren. Die Ernennung des früheren Außenministers Utschida zum Präsidenten der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft und des Generals Ugaki zum Generalgouverneur von Korea wurde offen damit begründet, daß nunmehr eine tatkräftigere Politik eingeleitet werden sollte. Das Ergebnis ist bekannt. Am 18. September 1931 kamen die Dinge in Bewegung. Ein

Bombenanschlag in Mukden gab den Japanern den Anlaß, Tschanghsüliang aus der Mandschurei zu vertreiben. China rief den Völkerbund an. Das langwierige, wenig erfreuliche und nicht immer sehr würdige diplomatische Spiel, das damit eingeleitet wurde, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Auch auf die militärischen Ereignisse braucht nicht im einzelnen eingegangen zu werden. Einesteils sind sie wohl noch — wie namentlich die Kämpfe um Schanghai 1932 — im Gedächtnis. Andernteils sind sie schließlich nur Beiwerk und Episode. Das für den Kampf um die nordchinesische Front Wichtige ist zunächst das Ergebnis: Unter dem Schutz der japanischen Truppen erklärte sich die Mandschurei unabhängig. Aus ihr wurde im weiteren Verlauf das neue Kaiserreich Mandschukwo. Seinen Thron bestieg der letzte, 1912 verabschiedete Kaiser aus Mandschublut, Prinz Puyi, der den Namen Kangteh annahm. Genf vermochte China dagegen nicht zu helfen, um so weniger, als Japan schließlich aus dem Völkerbund austrat. Washington hatte durch Verweisung der ganzen Angelegenheit an den Völkerbund vermieden, selber stärker hervortreten zu müssen. Durch Verkündung des Grundsatzes, daß gewaltsam herbeigeführte Änderungen des status quo keine Anerkennung beanspruchen dürften, versuchte es im übrigen die völkerrechtliche Legalisierung der Neuordnung auszuschließen oder wenigstens aufzuschieben. Japan aber hat durch ein Schutz- und Trutzbündnis mit Mandschukwo zunächst seine eigenen Interessen gesichert.

Die Errichtung eines selbständigen Staatsgebildes auf dem Boden der ehemaligen drei östlichen Provinzen schuf für die chinesische Nordfront eine vollkommen neue Lage. Für alle weiteren Auseinandersetzungen hatte Japan den Vorteil, dieses Mandschukwo stets vorschieben zu können. Insbesondere, als sehr bald die Maßnahmen begannen, die praktisch darauf hinausliefen, die offene Tür in der Mandschurei zu schließen und der japanischen Industrie wie dem japanischen Handel in diesem zukunftsreichen Markt eine Monopolstellung zu verschaffen, konnte die Verantwortung dafür dem neuen Staat zugeschoben werden, der, solange er völkerrechtlich von den andern Mächten nicht anerkannt wurde, tatsächlich jedoch

gar nicht zur Rechenschaft gezogen werden konnte. Das zeigte sich namentlich bei der Verstaatlichung des Erdölhandels in der Mandschurei. England, Holland und die USA. hielten sich zwar den Tatsachen entsprechend an Japan. Es blieb unter den Umständen aber bei papiernen Protesten. Ähnlich lag es bei den bald an Bedeutung gewinnenden Auseinandersetzungen mit Rußland. Auch hier wurde Mandschukwo vorgeschoben. Tatsächlich mußte indessen doch Japan selbst für alles eintreten. Dabei ergaben sich zugleich Rückwirkungen auf die innerjapanischen Verhältnisse, und diese sind vielleicht wichtiger als alles andere. Die Verkörperung Japans in der Mandschurei war zunächst einmal die halbstaatliche Südmandschurische Eisenbahngesellschaft, der auch alle Bergwerke und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmungen im Lande gehörten. Daneben spielte noch das Generalgouvernement des Kwantungpachtgebietes in Dairen eine Rolle, ebenso das Generalkonsulat in Mukden mit den anderen konsularischen Vertretungen. An dessen Stelle trat nach Errichtung Mandschukwos der japanische Botschafter, der bei dem jungen Kaiser beglaubigt wurde. Das Nebeneinander dieser von drei verschiedenen Ministerien in Tokio ressortierenden Stellen barg mancherlei Schwierigkeiten und Gegensätze in sich. Ende 1934 setzte schließlich die Armee durch, daß alle japanischen Organe in der Mandschurei einschließlich des Kwantungpachtgebietes dem zugleich zum Botschafter ernannten Oberbefehlshaber der Kwantungarmee unterstellt wurden. Diese Vereinheitlichung erhöhte nicht nur die Schlagfertigkeit des ganzen Apparates, sie ließ auch ein Machtgebilde entstehen, das sich selbst der japanischen Regierung gegenüber sehr weitgehende Selbständigkeit zu sichern wußte und bald namentlich vom Auswärtigen Amt in Tokio unabhängig, ja in Gegensatz zu ihm Politik auf eigene Faust machte. Diese Kolonialarmee vermochte über die Einnahmen des von ihr beherrschten Mandschukwo nach eigenem Ermessen zu verfügen und gewann damit eine Bewegungsfreiheit, die sie auch weitgehend der Kontrolle durch den japanischen Reichstag entzog. Die maßgeblichen und verantwortlichen Stellen in der Heimat haben das zum Teil schon bitter empfunden. Für

den Kampf um Nordchina war damit aber eine Lage wieder geschaffen, wie sie einst im 17. Jahrhundert bestanden hatte, als die Mandschus aus ihrer Heimat aufbrachen, um das China der Ming zu erobern. Daran muß man sich vielleicht erinnern, um zu einer angemessenen Beurteilung der weiteren Vorgänge, wie sie sich noch jetzt abspielen, zu gelangen. Hatte es sich bisher bei dem Ringen um die Nordfront, soweit die Mandschurei in Frage kam, lange darum gehandelt, wem sie zufallen oder wie sie unter die Anrainer aufgeteilt werden sollte, so stand sie jetzt als ein seinen Bestand verteidigender Staat für sich da, der, nach außen gewandt, zu einem Kraftzentrum zu werden vermochte, von dem Eroberungszüge ausgehen konnten wie zuletzt im 17. Jahrhundert. Die Dynamik in dem Raum Mandschukwo kehrte sich um. Seine Vervollständigung unter Tschangtsolin und seinem Sohn Tschanghsüliang und die von ihnen bereits betriebene Politik war Vorläufer dafür gewesen. Vom japanischen Standpunkt aus gesehen, ließ sich im übrigen diese neue mandschurische Bewegung dem Ziel nach mit den Absichten verquicken, die Japan mit seinen Forderungen von 1915 China gegenüber verfolgt hatte. Auch diese Erinnerung erleichtert das Verständnis der noch in der Schwebe befindlichen Auseinandersetzungen.

Die russisch-japanische Spannung

In der Nordmandschurei trat Japan mit der Errichtung des neuen Staates das Erbe der Schwierigkeiten mit Rußland hinsichtlich der Ostchinesischen Eisenbahn an. Dazu kamen die weiteren der ungeklärten Grenzverhältnisse in der Barga. Solange die Nordmandschurei wie die Außenmongolei russische Einflußsphäre war, hatte das keine Rolle gespielt. Das wurde schon anders, als China in der Nordmandschurei wieder selbständiger auftrat, erst recht aber, nachdem sich Russen und Japaner jetzt als feindliche Nachbarn gegenüberstanden, um so mehr, als auch für die Russen die mongolischen Beziehungen wichtiger geworden waren. In der zaristischen Zeit hatte der Buddhismus, zu dem sich ja die Mongolen bekennen, einige Schwierigkeiten gemacht. Die unter russischer Herrschaft

lebenden Stämme durften nicht allzu wörtlich im lebenden Buddha in Urga ihren Oberherrn verehren, sollte nicht die Treue zum Zaren darunter leiden. Der Bolschewismus aber legt gerade darauf Wert, sämtliche Stämme im panmongolischen Sinn zusammenzufassen, um sie alle, auch in zunächst nichtrussischem Gebiet, von Urga aus zu beherrschen. Wegen der Ostchinesischen Eisenbahn wurden sehr bald Verhandlungen aufgenommen. Mandschukwo erklärte sich bereit, die Strecke zurückzukaufen, woran ja auch China schon gedacht hatte. Erst im September 1934 kam das Geschäft zum Abschluß. Die russisch-japanischen Beziehungen besserten sich jedoch auch danach nicht. Im Gegenteil, sie spitzten sich infolge zahlloser Grenzzwischenfälle, die mehr und mehr zu einem Kleinkrieg in Gestalt fast planmäßiger Patrouillenplänkeleien ausarteten, ständig ernster zu. In den sie begleitenden Diplomategesprächen wie mehr noch in der beiderseitigen Presse wurde die Sprache immer gereizter und drohender, so daß die Welt mit einem baldigen unvermeidlichen kriegerischen Zusammenstoß der beiden alten Rivalen zu rechnen begann. Bei Rußland spielte dabei unzweifelhaft die Erinnerung an die Lage von 1918—20 eine maßgebliche Rolle. Damals hatten bekanntlich die Japaner ganz Ostsibirien in Händen. Eine Armee von 78 000 Mann hatten sie von Wladiwostok bis an den Baikalsee verteilt. Wladiwostok war erst 1922 wieder geräumt worden. Die japanische Weigerung, den wiederholt von Moskau angebotenen Nichtangriffspakt abzuschließen, gab dem russischen Mißtrauen neue Nahrung. Die Sowjets verstärkten deshalb mit allen Kräften ihre Rüstung im Fernen Osten. Wladiwostok wurde neu befestigt und zu einem gewaltigen Fliegerstützpunkt ausgestaltet. Auch Unterseeboote wurden hingeschafft. Die Amurbahn wurde zweigleisig ausgebaut und gegen die Mandschurei durch ein zusammenhängendes System von Sperrforts gesichert. Weiter nordwärts wurde beschleunigt eine zweite Linie mit Stichbahnen zum Amur in Bau genommen. Die Auffüllung der Etappe mit Lebensmitteln und sonstigen Vorräten wurde in solchem Umfang vorgenommen, daß zeitweise im europäischen Rußland ernste Not entstand. Gleichzeitig leitete Moskau in

Europa jene Bündnispolitik ein, die ihm den Rücken sichern sollte. Daß es dabei die Unterstützung Frankreichs fand, dürfte für Japan besonders schmerzlich gewesen sein, nachdem von Versailles her lange Jahre die Beziehungen zwischen Tokio und Paris sehr vertraut gewesen waren. Der letzte überlebende Genro, Fürst Saionji, dessen Stimme in der japanischen Politik immer noch ausschlaggebend ist, war nach dem Krieg von 1870/71 als Student in Paris persönlich mit Clemenceau eng befreundet geworden. Das hatte sich entsprechend ausgewirkt, zumal auch sachlich die französischen und die japanischen Interessen in dieser Zeit weitgehend übereinstimmten. Durch die russischen Rüstungen fühlte sich Japan nicht nur in der Mandschurei bedroht. Die japanischen Industriezentren und Rüstungsanlagen auf den Hauptinseln lagen ohne weiteres im Wirkungsbereich der russischen Flugzeuge von Wladiwostok. Japan spürte auch in Korea und selbst im Mutterlande die bolschewistische Agitation. Zwar gewann der Kommunismus zahlenmäßig keinen sehr großen Anhang in Japan, am meisten noch in der Intelligenz und im akademischen Proletariat, während er in der Arbeiterschaft rücksichtslos unterdrückt werden konnte. Immerhin war bei der allgemeinen sozialen Unruhe seine Gedankenwelt zu fürchten. Die Hauptgefahr für Japan wäre ein Zusammengehen von Rußland und China. Sein Dilemma bleibt daselbe wie seit 1896. Zwei Möglichkeiten sind während des Weltkriegs versucht worden: Im Juli 1916 mit dem Abkommen mit Rußland gegen ein von den Angelsachsen beeinflusstes China, 1918 mit dem Abkommen mit der damals in Peking an der Macht befindlichen japanfreundlichen Anfu-Gruppe gegen den Bolschewismus. Beide Versuche haben Japan die Freundschaft der Angelsachsen gekostet oder wenigstens ihr Vertrauen.

Japans Vorstoß über die Große Mauer

Das Verhältnis Japans zu China wurde durch die Losreißung der Mandschurei auf eine äußerst harte Probe gestellt. Die japanfeindliche Stimmung flammte erneut auf. Tschiang-kaischek war sich aber wohl von Anfang an darüber im

klaren, daß an bewaffneten Widerstand nicht zu denken war. So gut die Kämpfe um Schanghai bewiesen hatten, daß die neue chinesische Armee wenigstens in ihren Kerntrouppen auch für die Japaner ein durchaus ernst zu nehmender Gegner war, so überzeugend leuchtete doch auch ein, daß Japan vorläufig von China militärisch nicht zu schlagen war. Es bedurfte kaum noch der Enttäuschung, die der Völkerbund den chinesischen Politikern, die auf ihn hofften, bereitete, um die Verantwortlichen in Nanking davon zu überzeugen, daß man sich, wenn auch zähneknirschend und mit allen Vorbehalten für die Zukunft, vor den Tatsachen beugen mußte. So kam der Waffenstillstand von Tangku 1933 zustande, der äußerlich die Ruhe wiederherstellte. Die Entmilitarisierung einer Zwischenzone an der Großen Mauer auf chinesischer Seite sollte neuen Zusammenstößen vorbeugen. Später wurde auch der Verkehr auf der Eisenbahnlinie von Tientsin nach Mukden wieder aufgenommen. China richtete im übrigen zunächst sein Hauptaugenmerk auf die innere Reorganisation. Dazu brauchte es fremde Hilfe. Sie wurde vorerst bei Amerika und bei dem Völkerbund gesucht. Da von früher her noch internationale Verabredungen bestanden, China keine Einzelanleihen zu gewähren, war jedoch nicht recht vorwärts zu kommen, solange die hauptsächlich in Frage kommenden Mächte uneinig waren. Am Völkerbund erlebte dabei China noch eine weitere Enttäuschung. Die von Genf früher entsandten Berater zogen sich unverrichteter Sache aus China zurück. Als Nanking im Herbst 1934 seinen bisherigen Ratsitz in Genf verlor, war auch äußerlich sichtbar, daß es von dort nichts mehr zu erwarten hatte. Amerika hatte 1933 dem chinesischen Finanzminister Sung, dem Schwager Tschiangkaischeks, noch eine verschleierte Anleihe gewährt. Angesichts des japanischen Aufbegehrens dagegen wurde sie gekürzt, und Sung mußte zurücktreten. Washington hatte schon vorher das Empfinden, sich im Mandschurenkonflikt zu weit vorgewagt zu haben. Es sah sich vor der Gefahr, Japan womöglich allein gegenüberzustehen, da ja die europäischen Mächte ihrer eigenen Spannungen wegen handlungsunfähig waren. So lenkte es zunächst auf die Linie des Lansing-Ischii-Abkommens von

1917 zurück, das Japans Sonderstellung in den ihm nächstliegenden Gebieten anerkannt hatte. Praktisch lief das darauf hinaus, Mandschukwo Japan zu überlassen. Dazu war wohl auch England bereit, der Haltung entsprechend, die es seit 1898 hinsichtlich der chinesischen Nordfront eingenommen hatte. Die Haltung der USA. war allerdings nicht ganz eindeutig. Zwar zogen sie, um Japan zu beruhigen, schon Ende 1933 ihre Flotte aus dem Stillen Ozean zurück. Gleichzeitig kündigten sie aber weiteren Ausbau ihrer Seestreitkräfte an. Auch wurden die diplomatischen Beziehungen zu Rußland aufgenommen. Anfang 1934 erörterte man den Gedanken, die 9-Mächte-Konferenz von 1922 zu wiederholen, um wohl von Japan gegen Anerkennung der vollendeten Tatsachen in Mandschukwo neue Enthaltensamkeitsverpflichtungen bezüglich Chinas und vielleicht noch andere Zugeständnisse zu fordern. Dabei sollte vermutlich auch der Weg zu internationaler finanzieller Unterstützung Chinas freigemacht werden. Im Grunde war das Washingtoner 9-Mächte-Abkommen von 1922 in der Tat die letzte völkerrechtliche Regelung, auf der die Politik der Mächte in Ostasien beruhte. Die Diplomaten, die es seinerzeit abgeschlossen hatten, waren aber nicht weitsichtig genug gewesen, seine Kündigung oder Weiterentwicklung für bestimmte Fristen zu regeln und dafür entsprechende Abmachungen einzuschließen. Es erwies sich daher als unmöglich, die Dinge in Fluß zu bringen, ohne ernste Schwierigkeiten heraufzubeschwören. Im April 1934 verkündete Japan auch der aufhorchenden Welt, daß es sich allein für die Aufrechterhaltung des Friedens in Ostasien verantwortlich fühle und die Einmischung dritter insbesondere in seine Auseinandersetzungen mit China als unerwünscht ansehe. Washington und London beschränkten sich dem gegenüber auf den formalen Hinweis, daß dieser Anspruch ihre Rechte in China nicht in Frage stellen könnte.

Die damals in Gang kommenden neuen Auseinandersetzungen zwischen Japan und China ergaben sich aus den besonderen Grenzverhältnissen auch der südlichen Mandschurei. Wie es im Norden stand, war schon bei Behandlung der Beziehungen zu Rußland zu erwähnen. Im Süden hatte es

früher bereits Streitigkeiten an der Grenze gegen Korea gegeben. Auch diese flackerten gelegentlich wieder auf in Gestalt von Zusammenstößen zwischen chinesischen und koreanischen Siedlern, waren aber von untergeordneter Bedeutung. Ernster war seit langem die Lage an der mandschurischen Westgrenze. Schon vor dem Weltkrieg hatten hier die Japaner Ansprüche auf Dschehol erhoben, das sie als Teil der Mandschurei betrachteten. Es wurde nunmehr auch Mandschukwo einverleibt. Fast wie bei dem Reunionssystem Ludwigs XIV. am Rhein knüpften sich daran sofort weitere Ansprüche. Bevölkerungsmäßig hing Dschehol ja aufs engste mit den westlichen mongolischen Nachbargebieten zusammen. Es kam hinzu, daß diese erst 1928 auf Grund der fortgeschrittenen chinesischen Besiedlung als Bezirk Tschahar und Bezirk Suiyuan in das chinesische Verwaltungssystem eingegliedert worden waren. Tschahar war seiner Bodenschätze wegen besonders begehrenswert. Es soll vor allem reiche Eisenerzlager enthalten, die für Japan, das 90% seines Eisenerzbedarfs einführen muß, Gold wert sind. Suiyuan beherrscht mit dem Paß von Kalgan und der über ihn geführten Eisenbahnlinie von Peking her den Zugang zur Innenmongolei. Strategisch waren beide Gebiete von besonderer Bedeutung, da sich China und Rußland hier in der Flanke Mandschukwos die Hand reichen konnten. Daß Nanking schon 1934 die Selbstverwaltung der inneren Mongolei in Pailingmiao wiederhergestellt hatte, ließ auf ein entsprechendes Interesse an diesem Teil der Nordfront schließen, wie in dieser Zeit ja auch durch geschicktes Eingreifen die Oberhoheit Nankings in dem von Rußland begehrten Sinkiang weiter im Westen hatte wieder aufgerichtet werden können. China fürchtete insbesondere wohl die Anziehungskraft des wiederhergestellten Kaisertums in Mandschukwo auf die Mongolen, die sich den Mandschus enger verwandt fühlen als den Chinesen. Man erwartete hier ebenfalls Unabhängigkeitserklärungen, die dann die Ausdehnung des japanischen Einflusses in Gestalt eines Schutz- und Trutzbündnisses wie in Mandschukwo vorzubereiten geeignet wären. Darüber verschärfte sich im übrigen auch der russisch-japanische Gegensatz. Grund genug für Japan, um möglichen Entwick-

lungen vorzugreifen. Im Januar 1935 stand es in Tschahar. Je weiter aber Japan seine Vorposten vorschiebt und je mehr Gebiete es in seine Einflußsphäre einbezieht, desto weiter muß es immer wieder greifen. Es geht ihm wie Napoleon I., der jede neue Grenze, die er in die Karte Europas einzeichnete, durch immer wieder neue Konstruktionen sichern und deshalb immer wieder neue Grenzberichtigungen und Schutzkombinationen vornehmen mußte, bis ganz Europa einbezogen war.

Wehr- und Wirtschaftspolitisches

Hier ist eine Erinnerung an die geopolitischen Zusammenhänge an der chinesischen Nordfront nochmals einzuschalten. Von den Hochlandsteppen der Mongolei wie aus den Randgebirgen Schansis, Dschehols und der Mandschurei führen alle Wege nach Peking und von dort zu den Ausfuhrhäfen am Golf von Tschili oder weiter südwärts. Wer beispielsweise in Kalgan steht, um gegen einen Vorstoß von Kiachta—Urga her die Wacht zu halten, muß deshalb auch die Verbindung weiter zur See hin beherrschen, um im Rücken gesichert zu sein. Mehr aber noch: wer die Kosten dieses Wachtdienstes aus den Leistungen und Abgaben des gesicherten Gebietes selbst zu bestreiten beabsichtigt, der muß Handel und Verkehr pflegen und entwickeln, um diese Einnahmequellen nicht allein nicht versiegen zu lassen, sondern sie womöglich immer ertragreicher zu machen. Die Entmilitarisierung des Glacisstreifens um die mandschurische Festung vom Golf von Tschili bis an die sibirische Grenze wäre nur ein rein soldatisches Ziel. Zur Zeit von Christi Geburt wäre es möglich gewesen, es in der Art zu erreichen, daß man diesen Gürtel menschen- und verkehrsleer machte, wie es damals in Europa so manchen Grenzhag gab. Unter den heutigen Verhältnissen kommt das nicht in Frage. Damit stellen sich ganz von selbst weitere Aufgaben. Hinzu kommt, daß die Mandschurei schon als Grundlage der Absichten, die Japan dort verfolgt, nicht die erwartete Bedeutung behalten könnte, wenn sie in ihrem wirtschaftlichen Bestand und in ihren wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten nicht gesichert bliebe. Trotz der gewaltigen Zuwanderung arbeitsamer Menschen in den letzten

Jahrzehnten hat die Mandschurei noch Raum für sehr viel mehr Siedler und braucht sie, um ihre Reichtümer nutzbar zu machen. Wohl fördert Japan die Einwanderung eigener Landeskinder wie koreanischer Bauern, um zu verhindern, daß die Mandschurei rein chinesisch bevölkert würde. Aber deren Aussichten sind beschränkt. Die große Masse der Zuwanderer wird auch weiterhin aus Nordchina geholt werden müssen. Wenn das nicht zur Gefahr werden soll, setzt es voraus, daß sich südlich der Großen Mauer in der Heimat jener Zuwanderer keine Stimmung hält oder entwickelt, die den mandschurischen Kolonialboden als Irredenta-Gebiet betrachtet. Wohnen aber beiderseits der Großen Mauer engstens blutsverwandte Menschen in freundschaftlichen Beziehungen, so kann auch nicht ausbleiben, daß der Verkehr jeder Art hinüber und herüber geht. Dabei darf man nicht vergessen, daß die Mandschurei ihren ersten Aufschwung im Zollverband des chinesischen Gesamtreiches und als dessen Bestandteil genommen hat. Ihr Außenhandel hat sich von 1907—1927 mehr als verzehnfacht, der ganz Chinas nur verdreifacht. Wohl war schon 1927 der Außenhandel der Mandschurei zu fast 40% Austauschverkehr mit Japan; an zweiter Stelle aber stand China selbst mit 30%. Der mandschurische Außenhandel war damals stark aktiv; die Ausfuhr überstieg die Einfuhr um rund 50%. Um so schmerzlicher war es für China, als ihm dieser Bestandteil seines Außenhandels mit der Losreißung Mandschukwos verloren ging. Aber auch für Mandschukwo und damit mittelbar für Japan war die Zerreißung der alten Verbindung kein Gewinn. Wohl stieg der Außenhandel noch weiter von rund 948 Millionen Yuan 1927 auf 1042 Millionen 1934, um 1935 auf 1021 Millionen zurückzugehen. Seit 1933 aber ist die Außenhandelsbilanz zunehmend passiv. Die Einfuhr ist von rund 377 Mill. 1927 auf 604 Millionen 1935 gestiegen, die Ausfuhr aber von dem bisherigen Höchststand von 670 Millionen 1931 (1927: 571 Mill.) auf 418 Millionen 1935 gesunken. In der Einfuhr ist der Anteil Japans dabei schließlich auf 72% angewachsen. Auch in der Ausfuhr hat es relativ seine Stellung verbessert, indem sein Anteil auf 43% stieg. Während aber absolut genommen

die Einfuhr Japans nach der Mandschurei von 1930—35 tatsächlich ebenfalls noch auf mehr als das Doppelte anwachsen konnte, ist durchschnittlich sein Einkauf dort im wesentlichen gleich geblieben. Die japanische Aufnahmefähigkeit an mandschurischen Erzeugnissen ist also begrenzt und läßt sich anscheinend nicht nennenswert steigern. Wenn Japan relativ besser abschneidet, so deswegen, weil die mandschurische Ausfuhr nach anderen Ländern bedenklich zurückgegangen ist. Hier spielt der chinesische Boykott eine entscheidende Rolle. Insbesondere Südchina hat sich offensichtlich gegen die Mandschurei abgesperrt. Für die mandschurische Bauernschaft bedeutet das eine empfindliche Schwächung ihrer Kaufkraft. Das wiederum spürt auch Japan. Die Steigerung seiner Einfuhr nach Mandschukwo ist in erster Linie auf die Investitionen zur Erschließung des Landes, insbesondere auf die Bahnbauten zurückzuführen. Die Wareneinfuhr hat sich nur insoweit vorteilhaft entwickelt, als es sich um die Versorgung der nach Mandschukwo eingeströmten städtischen Bevölkerung handelt, also des japanischen Militärs und Beamtentums und der kaufmännisch tätigen Zivilbevölkerung. Die Absatzfähigkeit der für die chinesischen Bauern in Frage kommenden Massenkonsumgüter ist dagegen geschrumpft. Das wirkt sich auch lähmend auf die Unternehmungslust japanischer Wirtschaftskreise aus. Hatte man in Japan schon einsehen müssen, daß die Mandschurei als Siedlungsland zur Aufnahme des immer überwältigender anwachsenden Bevölkerungsüberschusses nicht in Frage kommen konnte, sondern nur als Markt für den sich deshalb mehr und mehr industrialisierenden Heimatstaat, so begann sich nun die Einsicht durchzusetzen, daß zunächst auch hier Enttäuschungen lauerten. Selbst als Rohstofflieferant hatte Mandschukwo nur begrenzte Bedeutung. Ein Wirtschaftsblock allein von Japan, Korea und der Mandschurei drohte sich als nicht lebensfähig zu erweisen. Man brauchte auch in dieser Hinsicht den Anschluß an China südlich der Großen Mauer. Hier meldete sich noch ein besonderer Anspruch. Es hat sich herausgestellt, daß der Wirtschaftsverkehr mit den benachbarten nordchinesischen Provinzen bei der derzeitigen Gesamtlage Chinas zu einer ständigen Drainage der anfallen-

den Gewinne zum Schaden Nordchinas und der Mandschurei und zum einseitigen Vorteil der Nankinger Regierung zu führen drohe. Die neuerdings freilich unter japanischem Einfluß stehende Tientsiner Handelskammer hat errechnet, daß in den letzten drei Jahren annähernd 400 Millionen Silberdollar aus den Nordprovinzen als Überschüsse nach Nanking abgeführt worden sein dürften, während noch nicht die Hälfte davon in dem Gebiet geblieben sei, das die Gesamtsumme an Steuern, Zöllen usw. aufzubringen hatte. Daraus wird japanischerseits die Forderung abgeleitet, daß eine Reform der Finanzverwaltung in China durchgeführt werden müsse, die diesem Mißstand abhelfe. Sie liefe auf die finanzielle Verselbständigung Nordchinas im Rahmen des chinesischen Gesamtstaates hinaus. In Verbindung damit stehen die seit Sommer 1935 verfolgten Pläne einer großzügigen wirtschaftlichen Erschließung Nordchinas. Auch die Kwomintang hat einen sehr umfassenden Plan für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas der Öffentlichkeit unterbreitet. Er begreift Nordchina mit ein, ist aber von Hause aus doch darauf abgestellt, den schon heute am weitesten fortgeschrittenen Kern im unteren Yangtsetal zum Ausgang zu nehmen und allen weiteren Ausbau daran anzulehnen. Nordchina spielt dabei nur die Rolle der Provinz in Abhängigkeit von der Metropole Schanghai-Nanking. Der japanische Gegenvorschlag nutzt dieses Moment geschickt aus und weckt zunächst den Wunsch nach Selbständigkeit gegenüber Nanking. Dahinter steht indessen doch die Tatsache, daß Nordchina im Rahmen der japanischen Konstruktion ebenfalls nur Provinz zu sein hätte, abhängig, wenn nicht von Tokio, so doch von Hsinking als der Hauptstadt Mandschukwos. Im einzelnen sieht der gut durchdachte, auf das Außenministerium in Tokio, insbesondere den derzeitigen Ministerpräsidenten Hirota selber zurückgehende japanische Plan nicht nur die Förderung Nordchinas im besonderen vor, sondern auch die Entwicklung der Beziehungen zu Gesamtchina. Das kommt vor allem auf bergbaulichem Gebiet zum Ausdruck. Japan hat hier alte Interessen namentlich hinsichtlich der chinesischen Eisenerzvorkommen, die in Hupe und Anhui über die eigentlichen nordchinesischen Provinzen hin-

ausreichen. Auch der nordchinesischen Fertigwarenindustrie, die zum Teil selbst in japanischen Händen ist, wie die Textil- und Streichholzindustrie u. a. m., will der japanische Plan naturgemäß das übrige China als Absatzgebiet offen halten. Es ist in seinem Rahmen deshalb auch der Abschluß eines neuen Zolltarifvertrages vorgesehen, der alle diese Dinge mit zu regeln hätte, nachdem gegenwärtig ein wilder Schmuggel an der Nordgrenze blüht. Die Einsetzung eines gemeinsamen japanisch-chinesischen Wirtschaftsrates soll außerdem laufend die Zusammenarbeit sichern. Das zeigt aber, daß dieser Plan, zu Ende gedacht, viel weiter führt als nur zu einer Auseinandersetzung über Nordchina. Zu diesem Schluß muß man auch kommen, wenn man den Hauptteil der Vorschläge eingehender prüft. Hier handelt es sich um die Nutzbarmachung der nordchinesischen Landwirtschaft für den chinesisch-japanischen Gütertausch. Japan kauft jährlich für etwa 600 Mill. Yen amerikanische und indische Baumwolle und etwa 1,8 Mill. Ballen australische Wolle. Auch China führt noch Baumwolle ein, Wolle aber überwiegend aus, darunter zuletzt 250 000 Ballen nach USA. Die amerikanische Teppichindustrie insbesondere ist fast ganz auf nordchinesische Wolle angewiesen. Hier soll eine grundsätzliche Umstellung erfolgen. Nordchina soll nicht nur seine Wolle Japan als Ersatz für die australische zur Verfügung stellen, wobei man auch an entsprechende Entwicklung der Schafzucht in der Mandschurei und Mongolei denkt, sondern es soll auch den Baumwollanbau so steigern, daß Japan und China von USA. und Indien unabhängig werden. Zweifelsohne wird das nicht möglich sein, ohne bisher für die Ernährungswirtschaft genutzten Boden wenigstens teilweise auf Baumwollanbau umzustellen. Den Weizen als Ersatz soll in erster Linie die Mandschurei liefern. Um den Ausgleich zwischen Zuschuß- und Überschußbezirken und das Wirtschaftsleben überhaupt zu fördern, soll das Verkehrswesen durch Eisenbahn-, Straßen- und Flußausbau verbessert und ausgeweitet werden. Es ist klar, daß von einer solchen tiefgreifenden Neu- und Ausgestaltung der chinesischen Wirtschaft auch die Handelsinteressen der europäischen Mächte und namentlich auch der USA. bis ins Innerste getroffen würden,

daß es dann aber auch nicht dabei allein bleiben könnte. Der Vergleich mit den Absichten, die Japan 1915 mit den bekannten 21 Forderungen verfolgt hat, liegt nahe. Damals handelte es sich in erster Linie um machtpolitisch-militärische Fragen. Inzwischen hat man weiter gedacht. Jetzt dreht es sich nur um wirtschaftspolitische Pläne, in der offenbaren Erwartung, daß sich die machtpolitisch-militärischen Lösungen von selbst ergeben werden, sobald die wirtschaftlichen Beziehungen die Gestalt annehmen, die augenscheinlich im beiderseitigen Interesse liegen. Das macht auch China das Eingehen darauf reizvoller und leichter. Daß wenigstens der Formulierung nach die chinesische Souveränität nicht in die Diskussion gezogen wird, schon die chinesische Empfindlichkeit. Tokio kann so mit bestem Stand behaupten, daß es ihm nicht auf eine Vergewaltigung Chinas, sondern auf freundschaftliche Verständigung mit ihm ankomme. Auch die These einer ostasiatischen Monroe-Doktrin, die Japan zur Sicherung seiner Pläne aufgestellt hat, erscheint unter diesen Umständen erträglicher. Sie scheint zunächst nur darauf abzuzielen, die chinesisch-japanische Auseinandersetzung rein als eine Angelegenheit unter vier Augen anerkannt zu erhalten. Wenn sich Japan gleichzeitig bereit erklärt, alle Verantwortung dafür zu übernehmen, daß dabei der Friede in Ostasien nicht gefährdet, sondern gefestigt werde, so könnte das auch den anderen Mächten die Lösung annehmbarer machen, sofern nur die offene Tür in China nicht zugeschlagen würde. In einer solchen chinesisch-japanischen Gesamtverständigung würde der Kampf um die Nordfront an die Grenze zwischen Mandchurei-Mongolei und Rußland-Sibirien verlegt. Im Zuge der Großen Mauer dagegen würde die bisherige Nordfront zwischen China und Japan unsichtbar. Nordchina im engeren Sinne spielte in der laufenden Auseinandersetzung zwischen Tokio und Nanking nur eine Episodenrolle. Auch die lautgewordenen Autonomiebestrebungen wären nur ein Druckmittel, um die Verständigungsbereitschaft Nankings zu erzwingen. An der bleibenden Nordfront brauchte sich im übrigen die Lage dann durchaus nicht zwangsläufig zu kriegerischen

Zusammenstößen zuzuspitzen. Wird die Möglichkeit eines chinesisch-russischen Zusammengehens gegen Japan gegenstandslos, weil sich China mit Japan verständigt, so läge eine Erweiterung eines solchen Zweibundes zu einem Dreibund durch Einbeziehung Rußlands durchaus nicht unbedingt im Bereich des Unmöglichen. Im Gegenteil: da eine chinesisch-japanische Verständigung in ihren letzten Folgerungen eine Front einzunehmen hätte gegen die Seemächte unter Führung Englands und der USA., wäre vielleicht die Bildung eines panasiatischen Festlandsblockes — Japan ist durch Korea und Mandschukwo längst unbestritten Festlandsmacht — nicht undenkbar. Vielleicht kommt dem entgegen, daß Tschiangkaischek die Kommunisten zwar aus China vertreibt, ihnen aber ein Ausweichen nach der russischen Einflußsphäre hin nicht versperrt. Es würde jedenfalls bei Rußland stehen, wie es sich dazu einstellte. In diesem Zusammenhang sind die sich in letzter Zeit mehrenden Meldungen beachtlich, die glauben behaupten zu können, zwischen Nanking und Moskau bestünden bereits längere Zeit sehr enge Verbindungen, und zwar wird darauf geschlossen, weil Nanking, im Gegensatz zu seiner unversöhnlichen Haltung in der Mandschurei-Frage, Rußland gegenüber keinerlei Einspruch gegen das Vordringen in Sinkiang und das Schutzbündnis mit der äußeren Mongolei erhebe.

Die angelsächsischen Interessen

Für China kommen Hemmungen einmal aus altem Mißtrauen gegen die japanische Politik. Es ist aber bekannt, daß maßgebliche chinesische Politiker bis zu Tschiangkaischek selbst hinauf schon sehr viel Verständigungsbereitschaft Tokio gegenüber bekundet haben. Immerhin haben sie nicht die erforderliche Bewegungsfreiheit; denn zu jenen gefühlsmäßigen Hemmungen kommen andere aus den internationalen Verpflichtungen Chinas. Es hat eine schwere Schuldenlast zu tragen, die in den letzten Jahrzehnten vielleicht das stärkste Band gewesen ist, das wenigstens die 18 Provinzen zusammenhielt. Die für die Schulden in erster Linie haftende Zentralregierung

konnte keinen Landesteil aus dem Gesamtverband entlassen, dessen Steuerkraft, namentlich in Gestalt der Zollerträge, für den Schuldendienst unentbehrlich erschien. Jede Unabhängigkeitsbestrebung stieß umgekehrt insoweit stets auf den Widerstand der Gläubigermächte, als sofort Ansprüche für Sicherung des Schuldendienstes auftauchten. Daß diese Fragen bei der Abtrennung Mandschukwos keine größere Rolle gespielt haben, erklärt sich daraus, daß hier Japan die Hauptansprüche auf sich allein vereinigte, wobei die Nischihara-Anleihen aus der Zeit vor 1918, dem japanfreundlichen Anfu-Klub gewährt, nicht vergessen werden dürfen. Im übrigen sind gerade diese Fragen auch hier noch nicht voll bereinigt. Wenn aber die USA. vor allem wie auch England so unbedingt an dem Grundsatz der Unverletzlichkeit Chinas festhalten und ihn neben der Forderung der offenen Tür zum Eckstein ihrer Politik in Ostasien gemacht haben, so hängt das aufs engste mit der internationalen Verschuldung Chinas zusammen. Soweit die japanischen Pläne hier Gefahr zu bringen drohen können, stoßen sie deshalb auch am entschiedensten auf den Widerstand gerade der Angelsachsen. Das hat sich zum letzten Mal sehr deutlich gezeigt, als im November 1935 verlautbarte, daß die japanische Führung der Mandschurei, um die Entwicklung vorwärts zu treiben, die Unabhängigkeitserklärung der nordchinesischen Provinzen vorbereite. Im letzten Augenblick erfolgte damals eine Demarche sowohl des englischen wie des amerikanischen Botschafters in Tokio, mit dem Erfolg, daß jene Unabhängigkeitserklärung unterblieb. Lediglich von Nanking aus wurde eine gewisse Verselbständigung der chinesischen Verwaltungsorganisation in den Nordprovinzen vorgenommen, die es gestattete, einigen Wünschen des japanischen Militärs entgegenzukommen, so daß ein offener Konflikt vermieden werden konnte. Dem englisch-amerikanischen Eingriff kam dabei die jungchinesische Studentenbewegung zu Hilfe, die selbst vor Attentaten und offenen Terrorakten nicht zurückschreckte, um die chinesischen Regierungsstellen von zu weit gehendem Eingehen auf die japanischen Wünsche abzuhalten. Umgekehrt hält Japan nicht mit seinem Unmut über

die englischen Anleiheabsichten zurück und ließ es nicht an Einschüchterungsversuchen fehlen, als die Nankingregierung in ihrer Not den Gedanken faßte, China an den Sterlingblock anzuhängen. Um die Preisgabe der Silberwährung kam sie trotzdem nicht herum, nachdem Amerika mit seiner Silberpolitik China schwersten Schaden zugefügt hatte. Auch diese Dinge sind im übrigen noch in der Schwebe. Der Gegensatz Japans auf der einen Seite und Englands und Amerikas auf der anderen ist aber unverkennbar, wobei freilich zwischen Washington und London noch keine vollkommene Übereinstimmung besteht.

Der japanische Nationalismus

Die angelsächsische Demarche in Tokio im November 1935 hat im übrigen nur einen vorübergehenden Aufenthalt gebracht. Ihre weitere Folge ist der Regierungsumsturz, der sich Ende Februar 1936 in Japan vollzogen hat. Dazu ein paar kurze Bemerkungen über die innerpolitischen Spannungen in Japan. Der Neubau des modernen Japan ist in der Hauptsache das Werk der alten Samuraischicht, des niederen Kriegeradels feudaler Herkunft, der nunmehr die Wehrmacht und die Verwaltung des Landes trägt und beherrscht. Auf beiden Gebieten fühlt er sich, letztlich im überlieferten Geist früherer Jahrhunderte, unmittelbar dem Kaiser allein gegenüber in einem Treueverhältnis stehend. Die mit der neuen Verfassung nach westlichem Muster eingeführte parlamentarische Volksvertretung hat nach der jener altjapanischen Geisteshaltung entsprechenden Auffassung nur die Aufgabe, die Zustimmung der Nation zur Politik des Kaisers zum Ausdruck zu bringen, der Verwaltung und insbesondere der Wehrmacht die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen und die nötigen Gesetze zu beschließen. Es konnte aber nicht ausbleiben, daß die zivilen Parteipolitiker den Parlamentarismus dazu benutzten, sich selber zu einer Macht zu machen, mit der sich verbünden und der Opfer zu bringen bereit sein muß, wer immer ihre Dienste braucht, ob Verwaltung oder Wehrmacht oder vor allem auch die Wirtschaft, die in erster Linie über die Mittel verfügt, um

ihr gewährte Hilfe entsprechend zu entlohnern. Im Kampf um das Budget treten sich die Interessen gerade der Wirtschaft und vor allem der Wehrmacht immer wieder scharf entgegen. Insbesondere in der Krise mußten sich diese Gegensätze vertiefen. Die Kabinettsverantwortlichkeit war dabei der Hebel, mit dem die Zivilpolitiker der Parlamentsparteien die Wehrmacht unter Druck zu nehmen und gefügig zu machen versuchen konnten. Diese aber berief sich auf die göttliche Macht des Kaisers, dem allein sie unmittelbar unterstellt sein wollte und dessen Willen oberstes Gesetz im Staat zu sein hatte. Deshalb forderte man hier auch die amtliche Verurteilung der Staatstheorie des Professors Minobe, nach der auch der Kaiser nur als Staatsorgan gelten, also der abstrakt verabsolutierten Verfassung unterworfen sein sollte. Die Auseinandersetzungen sind seit Jahrzehnten im Gange, sie wurden aber lange dadurch verschleiert, daß die patriarchalisch-sippenmäßigen Beziehungen, durch die das politische Spiel zu einer Angelegenheit persönlicher Treueverhältnisse letztlich gegenüber den Genro, den „Alten Staatsmännern“, wird, durch alle Bezirke des Lebens hindurchgehen und zwischen Bürokratie, Parlament, Wehrmacht und Wirtschaft vielfältige Brücken und Querverbindungen schlagen. Sie bestehen auch heute noch und erhalten der japanischen Politik gerade auch in der gegenwärtigen Krise eine beachtliche Stetigkeit. Eben unter den Auswirkungen der Krise sind in den letzten Jahren aber doch Spannungen sichtbar geworden, die zeigen, wie sehr die einfache Fortführung des alten politischen Spiels heute gefährdet ist. Zum Teil spielt dabei der Generationengegensatz eine Rolle. Die Jugend begehrt gegen die Alten auf. Andernteils aber sind die Kämpfe vornehmlich durch soziale Mißstände bedingt. Opfer der Krise ist auch in Japan in erster Linie das Bauerntum. Mit dem Rückgang der Seidenausfuhr nach USA. ist ihm der Nebenverdienst genommen worden, den es zur Ergänzung seines wirtschaftlichen Bestandes unbedingt braucht. Dazu kommen sinkende Erträge auch sonst und wachsende Steuer- und Zinslasten. Not des Bauerntums ist aber auch Not des Wehrmachersatzes. Dafür hat das niedere Offizier-

korps besonderes Verständnis, da es seiner Herkunft nach dem Bauerntum sehr nahe steht. In demselben Offizierkorps lebt besonders wirksam die Erinnerung an die Ruhmestaten der Armee einst im großen Krieg gegen Rußland vor 30 Jahren, aber auch das Bewußtsein, daß damals das letzte Ziel noch nicht erreicht werden konnte, wie die Einsicht, daß sich der Waffengang jeden Augenblick erneuern kann und daß er mit einem immer gefährlicher werdenden Gegner auszutragen wäre. Zu diesen Vorstellungen gehört des weiteren dann der Glaube, hier in der Mandschurei sei Abhilfe für die Not des japanischen Volkes zu finden, von dort aus sei das Schicksal Japans zu gestalten. Das sind Gedankengänge, die auch der amtlichen Politik Tokios zugrunde liegen. Im Lauf der Zeit sind die Pläne, die zu ihrer Durchführung zu entwerfen waren, immer feiner ausgestaltet worden. Das Ziel ist nicht ohne Schwierigkeiten zu erreichen. Die Haltung muß sich auch den wechselnden Lagen anpassen. Wir sahen schon, welche Rückschläge immer wieder eingetreten sind. Daß dadurch namentlich das jüngere Offizierkorps aufs schwerste enttäuscht wird, ist zu begreifen. Hier hat man nicht vergessen, daß nach 1915 der Erfolg in Tsingtau verloren ging, daß man 1918 schon am Baikalsee gestanden, 1922 aber selbst Wladiwostok wieder hatte räumen müssen. Die Schuld für die Erfolglosigkeit wird auf die Bedenklichkeiten der Zivilpolitiker und auf die Großfinanz geschoben. Die Finanzfragen glaubt man durch radikale Reformen mit dem Ziel einer staatlich geführten Planwirtschaft lösen zu können, für die man, bei schärfster Ablehnung der mit der Kaiseridee unvereinbaren bolschewistischen Weltanschauung, sich nicht scheut, russische Vorbilder zum Muster vorzuschlagen. Angesichts des Fehlschlags der Londoner Flottenbesprechungen, der ständigen Rüstungssteigerung Rußlands und der unbestreitbaren Fortschritte Chinas, um die sich die Angelsachsen so deutlich bemühen, ferner aber der wachsenden Schwierigkeiten des japanischen Außenhandels insbesondere durch Abschließung des britischen Empires und die unverkennbare Abneigung der USA. muß naturgemäß die Ungeduld der jungen Aktivisten,

bei denen sich auch auf eine buddhistische Renaissance abzielende panasiatische Einflüsse feststellen lassen, wachsen, sobald es den Anschein gewinnt, als ob wiederum beste Gelegenheiten verpaßt zu werden drohen, wie es Ende 1935 der Fall war. So versteht sich die Explosion Ende Februar 1936. Sie sollte die Entwicklung in der Richtung weiterrücken, in der sie endgültig angelegt schien, nachdem sich die in der Mandschurei stehende Armee im Herbst 1934 die unabhängige Führung zu sichern verstanden und die Annahme ihrer Pläne durchgesetzt hatte.

Damit ist der Kampf um Nordchina in seine neueste Phase eingetreten. Wie er sich weiter gestalten und welchen Ausgang er fürs erste nehmen wird, hängt nicht nur vom Verhalten Japans und Chinas mit Rußland im Hintergrunde ab, sondern zunächst wohl mehr noch von den weiteren Schritten, die von der englischen und der amerikanischen Politik zu erwarten sind. Der Grundsatz der Kollektivität dürfte auch hier noch seine Rolle zu spielen haben. Vermutlich ist der Gedanke einer Wiederholung oder Erneuerung der Washingtoner Konferenz von 1922, der, wie erwähnt, schon aufgetaucht war, nur bis auf weiteres zurückgestellt. Er kann sofort wieder hervorgeholt werden, wenn beispielsweise die Ruhe in Europa so weit hergestellt ist, daß der Völkerbund wieder handlungsfähig wäre. Bei ihm steht ja schließlich auch noch die Anerkennung Mandschukwos. Daß Japan dafür seine Stellung möglichst stark zu machen bemüht ist, versteht sich von selbst. Insbesondere in USA. wird auch anerkannt, daß man dem jährlich um 1 Million Seelen zunehmenden japanischen Volk irgendwie Lebensmöglichkeiten gewähren muß. Ebenso ist das Stichwort von der Neuverteilung der Rohstofflager und der Aufschließung der Absatzmärkte der Welt auch für Ostasien bereits gefallen. Im Rahmen aller dieser Probleme wird der Kampf um Nordchina die Entscheidung finden müssen, die sich seit dem 17. Jahrhundert vorbereitet hat.

E N D E